



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

„Unsere Gesellschaft muss bildungshungriger werden!“

Bildungsbericht der Bundesregierung vorgestellt

Der von Bundesbildungsministerin Annette Schavan vorgelegte Bericht „Bildung in Deutschland 2010“ stand an diesem Donnerstag im Mittelpunkt der Debatte des Deutschen Bundestages.

Hintergrund: Im Abstand von zwei Jahren informiert der Bericht "Bildung in Deutschland" über Entwicklungen im Bildungswesen. Er wird von einer unabhängigen Wissenschaftlergruppe erarbeitet und ist nunmehr zum dritten Mal erschienen. Der Bericht liefert einen Überblick über das gesamte deutsche Bildungswesen.

Entsprechend dem Konzept von Bildung im Lebenslauf erstreckt sich die Berichterstattung von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung. Der Bericht dokumentiert in allen Bildungsbereichen viele positive Entwicklungen und weist erfreuliche Kennzahlen auf: Die finanziellen Aufwendungen je Bildungsteilnehmer liegen über dem OECD-Durchschnitt, die Bildungsbeeteiligung der unter 3-Jährigen ist deutlich gestiegen. Ganztagschulen wurden ausgebaut. Die Anzahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist gesunken. Die Ausbildungsmarktsituation verbessert sich seit 2006 kontinuierlich. Die Quote der Studienanfängerinnen und Studienanfänger ist im Jahr 2009 mit 43 Prozent auf einen Höchststand gestiegen. Insgesamt steige der Bildungsstand der Bevölkerung stetig an, sagte die Ministerin.

Die Beharrlichkeit, mit der die Union in den vergangenen Jahren daran gearbeitet hat, die Bundesrepublik auf den Weg zur Bildungsrepublik zu bringen, zahlt sich aus. Der Bericht zeigt zugleich auch die Herausforderungen auf, vor denen wir im Bildungsbe-reich stehen: Dazu zählen vor allem der vorhergesagte Rückgang der Schülerzahlen an allgemeinbil-

denden Schulen von 9 Millionen im Jahr 2008 auf 7,3 Millionen im Jahr 2025, der insbesondere die west-deutschen Flächenländer treffen wird.

Hingewiesen wird auch auf die Kluft in den Bildungs-verläufen von Kindern und Jugendlichen, die beste-hende Bildungsangebote erfolgreich nutzen, und jenen, bei denen sich ungünstige familiäre Rahmen-bedingungen negativ auf den Bildungsverlauf auswir-ken. So wachsen 29 Prozent der Kinder in Deutsch-land in einer sogenannten „Risikolage“ auf, durch die ihre Bildungschancen beeinträchtigt sein können. In den Stadtstaaten sind es bis zu 40 Prozent. Ein Indiz für diese Situation ist, dass trotz rückläufiger Schü-lerzahl die Zahl der Förderschüler sowohl an den Förderschulen als auch an den allgemeinbildenden Schulen mit integrativer Förderung steigt. Um auch den Kindern ohne unterstützendes Umfeld erfolgrei-che Bildungsverläufe zu ermöglichen, hat die christ-lich-liberale Koalition eine ganze Reihe neuer Instru-mente eingesetzt: Dazu gehören im Einzelnen ein verstärkter Ausbau der frühkindlichen Förderung (Offensive „Frühe Chancen“), Bildungsketten mit individueller Begleitung – beginnend in der Schule bis in eine Berufsausbildung hinein – und nicht zuletzt im Rahmen der aktuellen Novellierung des SGB II ein umfassendes Bildungspaket.

Nie wurde mehr Geld für Bildung und für die Zu-kunfts-chancen sozial benachteiligter Kinder ausge-geben als unter der christlich-liberalen Koalition. „Bil-dung ist nicht nur eine Frage des Staates, sondern auch eine Anfrage an unsere Gesellschaft, die eine bildungsbegeisterte und bildungshungrige werden muss“, so Ministerin Schavan.

Aktuelle Stunde zur Bundeswehr

Der Unfalltod eines Soldaten in Afghanistan Ende 2010, geöffnete Feldpostbriefe aus dem Einsatz und die Vorgänge auf dem Segelschiff „Gorch Fock“, bei der eine Soldatin ums Leben kam, waren Gegenstand einer aktuellen Stunde an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag. Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg rief zu einer differenzierten Betrachtungsweise der drei Fälle auf. Er bat um Verständnis, dass eine abschließende Information erst nach den Ermittlungen auch der Staatsanwaltschaften möglich sei. Der Minister räumte im Parlament wie zuvor schon im Verteidigungsausschuss Informationslücken ein. Doch wies er mit Nachdruck Darstellungen zurück, er hätte das Parlament nicht informiert oder sei verantwortlich für eine gezielte Vertuschung oder Irreführung. Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende und Ravensburger Abgeordnete Andreas Schockenhoff sagte, die seit Tagen anhaltende Diskussion nehme langsam hysterische Züge an. Der Verteidigungsminister habe im Bundestag die Fakten in aller Deutlichkeit und Offenheit dargestellt, soweit dies derzeit möglich sei. Er mahnte gleichzeitig, dass die Unterrichtung des Parlaments durch die Regierung sorgfältiger werden müsse. Es müsse alles getan werden, um die Todesumstände aufzuklären. Die Abberufung des Kommandanten der „Gorch Fock“ durch den Minister entspreche der Fürsorgepflicht und sei keine Vorverurteilung.

Gedenkstunde des Deutschen Bundestages

"Heute gedenken wir der Opfer des nationalsozialistischen Genozids an 500.000 Sinti und Roma, wir erinnern an die Opfer der Shoa, des Mordes an sechs Millionen Juden, und wir gedenken all der anderen Opfer des Nazi-Regimes", sagte Zoni Weisz, niederländischer Holocaust-Überlebender und Vertreter der Sinti und Roma, in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozia-

lismus an diesem Donnerstag, dem 27. Januar 2011. Hintergrund: Vor 66 Jahren, am 27. Januar 1945, befreite die Rote Armee das Konzentrationslager Auschwitz. Der Jahrestag der Auschwitz-Befreiung ist der Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Seit 1996 findet dazu jährlich eine Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Bundestages statt. Erstmals sprach an diesem Gedenktag ein Vertreter der Sinti und Roma im Deutschen Bundestag.

Afghanistaneinsatz wird fortgesetzt

In dieser Woche hat der Deutsche Bundestag mit großer Mehrheit die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO beschlossen. Die afghanische Regierung will bis Ende 2014 schrittweise die Sicherheitsverantwortung für ihr Land übernehmen. Die Bundesregierung ist zuversichtlich, im Zuge der Übergabe der Sicherheitsverantwortung die Präsenz der Bundeswehr ab Ende 2011 reduzieren zu können.

20.000 Betrieben wurde geholfen - jetzt kann der „Deutschlandfonds“ eingestellt werden

Knapp 20.000 vor allem mittelständische Unternehmen haben bis Ende letzten Jahres Kredite aus dem sog. „Deutschlandfonds“ erhalten. Dieser war in der Krise aufgelegt worden, um in Schwierigkeiten geratene Unternehmen des Mittelstandes zu unterstützen. Von den zur Verfügung stehenden 115 Mrd. Euro wurde über 14 Mrd. Euro als Kredite und Bürgschaften vergeben. Deren Vergabe war an strenge Kriterien gebunden, die von einem politikunabhängigen Gremium festgelegt und überwacht wurden. Nun, nach Ende der Krise, wurde der Fonds geschlossen.